Publikation der Schweizerischen Volkspartei Baar

Ausgabe November 2025

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

aktuell

www.svp-baar.ch

Gefährliche Symbolpolitik auf Kosten der Demokratie

Am 30. November stimmt der Kanton Zug über die Vorlage «Kantonales Wahlrecht für Menschen mit Beeinträchtigungen» ab. Der Titel klingt harmlos und weckt Sympathie – doch er verschleiert den eigentlichen Inhalt.

So geht es etwa nicht um Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, sondern um urteilsunfähige Personen, die unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden – etwa wegen geistiger Behinderung, schwerer psychischer Störung oder fortgeschrittener Demenz. Diese Personen sollen sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht erhalten. Was nach Inklusion klingt, bringt in Wahrheit Gefahren für unsere Demokratie.

Wahlrecht setzt Urteilsfähigkeit voraus

Wer wählen und abstimmen will, muss politische Zusammenhänge verstehen und eigenverantwortlich entscheiden können. Genau das ist bei Personen unter umfassender Beistandschaft nicht gegeben – sonst bräuchten sie keine gesetzliche Vertretung. Wird ihnen das Stimm- und Wahlrecht trotzdem gewährt, droht Missbrauch: Stimmen könnten nicht mehr aus freiem Willen, sondern unter Einfluss von Drittpersonen abgegeben werden.

Keine Ämter ohne Entscheidungsfähigkeit

Die Vorlage gewährt nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht. Damit könnten Personen mit schwerer geistiger Einschränkung oder fortgeschrittener Demenz für den Kantonsrat oder den Gemeinderat kandidieren. Wie soll jemand ein politisches Amt verantwortungsvoll ausüben, wenn er im Alltag nicht einmal über Finanzen, Verträge oder medizinische Fragen selbst entscheiden darf? Das untergräbt die Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

Schutz der Demokratie statt Symbolpolitik

Es geht hier nicht um Ausgrenzung, sondern um den Schutz unserer Demokratie. Politische Rechte sind kein geeignetes Mittel, um soziale Integration zu fördern. Betroffene brauchen verlässliche Betreuung, individuelle Unterstützung und Selbstbestimmung im Alltag und keine Wahlrechte, die sie gar nicht eigenständig ausüben können.

NEIN zur Verwässerung unserer Demokratie

Am 30. November entscheiden wir, ob wir das Fundament unserer Demokratie verwässern oder klarstellen, dass politische Verantwortung Urteilsfähigkeit voraussetzt. Darum: Ein klares NEIN zur Ausweitung des Wahlrechts auf geistig schwer Behinderte und Demente.

Michael Riboni, Kantonsrat, Baar

Symbolbild

Die autofeindliche Politik der Linken überrollt den Kanton Zug

Ersatzloser Abbau von öffentlichen Parkplätzen, hohe Parkplatzgebühren, stetig neue Tempo-30-Zonen und -Strecken, konsequentes Ignorieren der vom Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) empfohlenen Mindestparkplätze bei Neubauten, Fahrbahnhaltestellen bei Bussen sowie «umwelt- und sozialverträgliche» Mobilitätsstrategien – dies nur ein paar Beispiele autofeindlicher Massnahmen, welche aktuell in Höchstgeschwindigkeit den Kanton Zug überrollen.

Ganz nach dem Vorbild links-grün regierter Städte wie Zürich, Basel oder Bern werden auch bei uns zunehmend die Automobilisten schikaniert und diskriminiert und das Auto ausgebremst. Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken. Über die gemeindliche Verkehrs- und Tiefbaukommission hat die SVP deshalb zehn Fragen beim zuständigen SP-Gemeinderat Zari Dzaferi deponiert.

So zum Beispiel:

- Wie viele Tempo-30-Zonen und -Strecken (Anzahl Zonen und Streckenlänge in Kilometern) sind in den letzten zehn Jahren in Baar entstanden, und wie viele sind noch geplant?
- Wie oft wurde bei Neubauten in den letzten fünf Jahren – und bei anstehenden Neubauten – die empfohlene VSS-Norm unterschritten? (Anmerkung: Die VSS-Norm empfiehlt bei Neubauten 1 Parkfeld pro 100 m^2 Bruttogeschossfläche oder 1 Parkfeld pro Wohnung.)
- Wird bei der Planung der öffentlichen Parkplätze das Bevölkerungswachstum berücksichtigt? Falls ja, wie?

Aber auch kantonal ist die SVP aktiv. Um der autofeindlichen Entwicklung entgegenzuhalten, hat die SVP im Kantonsrat mehrere Vorstösse zum Thema eingereicht:

- Motion von Kantonsrat Adrian Rogger und 25 weiteren Motionären betreffend: «Kompensation nach Abbau von öffentlichen Parkplätzen im Kanton Zug»
- Postulat von Kantonsrat Adrian Rogger und 20 weiteren Postulanten betreffend: «Keine Flickenteppiche im Kanton Zug» – Kompetenzentzug der Gemeinderäte für den Erlass von Tempo-30-Zonen
- Interpellation von Adrian Rogger, Philip C. Brunner, Gregor R. Bruhin, Karl Bürgler und Christophe Lanz betreffend Vernichtung von öffentlichen Parkplätzen im Kanton Zug
- Postulat der SVP-Fraktion betreffend Kapazitätssteigerung Autobahnanschluss Baar («Kurfürstkreuzung»)

Dass auch Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) geschaffen werden müssen, ist uns von der SVP bewusst. Doch dürfen der MIV und die dazugehörige Infrastruktur nicht vernachlässigt oder diskriminiert werden. Das Auto als Feindbild hinzustellen und nur noch auf den Langsamverkehr (Velo, Fussgänger) oder den öffentlichen Verkehr zu setzen, funktioniert nicht. Denn auch der öffentliche Verkehr stösst immer mehr an seine Kapazitätsgrenzen.

Die Schweiz und der Kanton Zug sind in der Vergangenheit immer gut damit gefahren, die verschiedenen Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen, sondern ein Miteinander zu ermöglichen. Halten wir daran fest, lassen wir uns nicht bevormunden und von linken Ideologen umerziehen.

Adrian Rogger, Kantonsrat und Präsident SVP Baar

INSERATE

Pelafen AG

- Fenster
- Türen
- Innenausbau
- Baumaterial

Peter Langenegger
Mühlegasse 36
6340 Baar
Tel. 041 769 70 90
Fax 041 769 70 91
www.pelafen.ch

SERVICE & REPARATUR VON ALLEN MARKEN

Nutzfahrzeuge
Anhänger
Personenwagen

Risi Service AG
Gulmmatt
6340 Baar
risiserviceag.ch
info@risiserviceag.ch
041 766 99 55
RISI Service AG

SVP stellt sich gegen Selbstbedienungsmentalität von Mitte-Links

An der Kantonsratssitzung vom 5. Juni 2025 beschloss eine Mitte-Links-Mehrheit eine Revision des Nebenamtsgesetzes – mit rund 35 % höheren Entschädigungen für Kantonsräte.

Dies, obwohl die Bezüge bisher regelmässig der Teuerung angepasst wurden. Die SVP-Fraktion lehnte diese Erhöhung geschlossen ab. Die Ratsarbeit hat sich kaum verändert, und mit rund 450 Franken pro Tag ist das heutige Entgelt für ein Ehrenamt angemessen.

Das Milizsystem lebt vom Engagement, nicht vom Geld. Höhere Entschädigungen bringen nicht bessere Politik, sondern mehr Vorstösse, mehr Bürokratie – und mehr Kosten für die Steuerzahler. Genau das lehnt die SVP ab. Wer kandidiert, kennt die Bedingungen. Und wer sie nicht mehr tragen will, soll Platz machen – Interessierte gibt es genug, wie die über 300 Kandidaturen bei den letzten Wahlen zeigen. Die Revision ist Ausdruck einer zunehmenden Selbstbedienungsmentalität von Mitte-Links – fernab des ursprünglichen Gedankens eines Milizparlaments im Dienst der Bevölkerung.

Hier das Abstimmungsverhalten der 15 Baarer Kantonsräte, welches zeigt, dass die Mitte-Partei einmal mehr den Pfad der bürgerlichen Tugend verlassen hat:

Gegen höhere Nebenamtsentschädigungen	*Für* höhere Nebenamtsentschädigungen
Michael Riboni (SVP)	**Mirjam Arnold (Mitte)**
Adrian Rogger (SVP)	**Thomas Gwerder (Mitte)**
Oliver Wandfluh (SVP)	**Barbara Schmid-Häseli (Mitte)**
Hans Küng (SVP)	**Alois Gössi (SP)**
Urs Andermatt (FDP)	**Ronahi Yener (SP)**
Michael Arnold (FDP)	**Martin Zimmermann (GLP)**
Karl Bürgler (FDP)	

Nicht an der Abstimmung teilgenommen haben
Andreas Lustenberger und Malena Raud (beide Grüne)

SVP-Erfolg im Zuger Kantonsrat: Klare Kante in der Asylpolitik!

Dank einem Antrag unseres Baarer SVP-Kantonsrats Michael Riboni hat das Zuger Kantonsparlament am 28. August 2025 ein wichtiges Signal gesetzt: Die Asylsozialhilfe für vorläufig Aufgenommene wird künftig um 15% gekürzt!

Vorläufig Aufgenommene sind keine Flüchtlinge, sondern Personen mit abgelehntem Asylgesuch, die die Schweiz eigentlich verlassen müssten. Trotzdem kassierten sie bisher in Zug grosszügige Sozialleistungen – höher als in vielen anderen Kantonen. Damit ist jetzt Schluss. Mit der Kürzung verhindert die SVP, dass Zug weiterhin als Magnet für abgewiesene Asylbewerber wirkt. Die Leistungen werden auf ein realistisches Niveau gebracht, wie es etwa die Nachbarkantone Schwyz oder Aargau vormachen. «Zug darf kein Sozialparadies für illegale Migranten sein», stellte Michael Riboni im Parlament klar.

Die SVP wird sich weiterhin für eine Asylpolitik mit klaren Regeln starkmachen:

Schutz nur für echte Flüchtlinge, konsequente Wegweisung von Abgewiesenen und keine falschen Anreize durch überhöhte Sozialleistungen.

Ofen- und Cheminéebau
Plattenbeläge
Natursteinarbeiten

PATRIK LANGENEGGER AG

6340 Baar, Telefon 041 761 33 12, www.patriklangenegger.ch

Kantonale Abstimmungen vom 30. November 2025:

Änderung des Steuergesetzes – 9. Revisionspaket	**Ja**
Gesetz Standortentwicklung – Umsetzung OECD-Mind.-Steuer	**Ja**
Änderung Kantonsverfassung betr. kant. Wahlrecht für Menschen mit Beeinträchtigungen	**Nein**

«Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative kommt vors Volk

Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind mehr als 1,5 Millionen Personen netto in die Schweiz eingewandert (ohne Asyl und Status S). Das ist so viel wie der grösste Kanton der Schweiz, der Kanton Zürich, Einwohner hat.

Vor Einführung der EU-Personenfreizügigkeit lebten 7,3 Millionen Personen in der Schweiz. Der Bundesrat prognostizierte im Abstimmungsbüchlein, es sei bei Annahme des EU-Personenfreizügigkeitsabkommens «keine massive Einwanderung zu befürchten» und sprach von einer «Obergrenze des Einwanderungspotenzials von (netto) jährlich 10'000 EU-Angehörigen». Doch schon zehn Jahre später, im Jahr 2012, überschritt die Schweiz die Schwelle zur 8-Millionen-Schweiz.

Die ungebremste Zuwanderung führte am 9. Februar 2014 zur Annahme der SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung». Ein neuer Artikel 121a in unserer Bundesverfassung schreibt seither vor, dass «die Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten» zu begrenzen sei. Doch die anderen Parteien missachteten den Volkswillen und lehnten eine Begrenzung der Zuwanderung in der Umsetzungsgesetzgebung ab.

Unterdessen hat die Schweiz bereits 9,1 Millionen Einwohner. Der Schweizer Mittelstand kommt durch diese masslose Zuwanderung immer mehr unter Druck. Selbst die NZZ konstatiert: «Die Schweiz wächst in die Breite.» Zwar wächst die Wirtschaft in absoluten Zahlen, aber der Wohlstand pro Kopf stagniert. Auch in anderen Bereichen sind die sogenannten «Überfüllungseffekte» allgegenwärtig: Steigende Mieten und Wohnungsknappheit, Lohndruck und sinkende Kaufkraft, Stau und überfüllte Züge, Zubetonierung unserer Landschaft, Verlust von Identität und Heimat, mehr Gewalt und importierte Kriminalität, sinkende Bildungsqualität und Zuwanderung in den Sozialstaat.

Vor wenigen Wochen debattierte der Nationalrat die «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative. Mitte-Präsident Bregy bestätigte: «Die Bevölkerung leidet unter der hohen Zuwanderung. Überfüllte Verkehrsmittel, Wohnungsknappheit – das sind Probleme, die echt vorhanden sind und die wir nicht negieren können.» Und FDP-Kommissionssprecher Wasserfallen stimmte zu: «Wir sind uns einig, dass man die Migration dämpfen soll.» Trotzdem stimmten am Ende alle anderen Parteien ausser der SVP für die Ablehnung der Volksinitiative.

Persönlich bin ich überzeugt, dass die «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative die richtige Lösung bereit hält: So darf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz zehn Millionen nicht vor dem Jahr 2050 überschreiten. Dies bedeutet, dass in den knapp 24 Jahren bis zum Jahr 2050 im Schnitt maximal 37'500 Personen jährlich in die Schweiz einwandern dürfen. Dies entspricht in etwa der Hälfte der heutigen Zuwanderung. Also Qualität statt Quantität. Als nächstes entscheidet nun der Ständerat und nächstes Jahr voraussichtlich das Volk.

Thomas Aeschi, Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident, Baar

Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische, gemeinnützige und amtliche Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.

INSERAT

Ihr Partner – Vom Vorplatz bis zur Autobahn

Strassenbau
Tiefbau
Gartenbau

VONPLON

Vonplon Strassenbau AG · Blegistrasse 25 · 6340 Baar · T: 041 760 16 16 · info@vonplon.ch

Werden Sie Mitglied der SVP!

Möchten Sie sich ebenfalls politisch engagieren? Werden Sie Mitglied der SVP Baar!

Weitere Informationen finden Sie auf **www.svp-baar.ch** oder wenden Sie sich an unseren **Präsidenten Adrian Rogger:** Tel. 079/797 12 69 oder **a.rogger@bluewin.ch**

Spenden

Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende, damit wir uns weiterhin für eine unabhängige und sichere Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben einsetzen können. Besten Dank!
Bankverbindung SVP Baar: UBS Schweiz; IBAN: CH81 0483 5094 0889 3100 0 oder via unseren TWINT Account: +41 79 940 95 09

Impressum

Herausgeberin: Schweizerische Volkspartei SVP Baar, Postfach 1607, 6341 Baar **Redaktion:** Adrian Rogger (Parteipräsident), Michael Riboni, Thomas Aeschi **Bilder:** zvg **Auflage:** 14'000 Ex. in alle Briefkästen der Gemeinde Baar verteilt
© **2025, SVP Baar**
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.